

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
15 (1901)**

95 (24.4.1901)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-290943](#)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonne und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat incl. Dringergeld 70 Pf., bei Goldabholung 60 Pf.; durch die Post bezogen (Postwertzeichen Nr. 5439), vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,44 M., monatlich 72 Pf. inkl. Beleggeld.

Redaktion und Expedition:
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephone Bant 58.

Abonnate werden die fünfspaltige Corpshälfte oder deren Raum mit 10 Pf. berechnet; bei Rückholungen entsprechender Rabatt. Schwerter Gas nach höherem Tarif. — Interesse für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittag in der Expedition aufgegeben sein. Höhere Interesse werden früher erbeten.

Nr. 95.

Bant, Mittwoch den 24. April 1901.

15. Jahrgang.

Das neue französische Vereinsgesetz.

Am 29. März wurde von der französischen Deputiertenkammer der Entwurf eines neuen Vereinsgesetzes mit einer Mehrheit von 80 Stimmen angenommen. Die sozialistischen Deputierten haben einstimmig für das neue Gesetz gestimmt, zusammen mit allen demokratischen Elementen der bürgerlichen Parteien, während aus der Gegenfeinde die kompakte Masse aller Reaktionäre sich befand. Festig in die Sache treten kann, muß es noch die Zustimmung der Senats-Kammer, des Senats, gewinnen; der französische Senat ist aber bekanntlich eher konservativ als fortgeschritten. Vielleicht gelingt es Herrn Baldec-Moussette, der eine große Autorität bei seinen Herten Senatskollegen genießt, doch ihnen die Sache plausibel zu machen. Allerdings entspricht das Resultat der Beratung sehr unvollständig den Wünschen und Hoffnungen der Sozialisten, aber im Verein mit den bisher geltenden Bestimmungen stellt das neue Gesetz zweifelsohne einen Fortschritt dar.

Die bisherige Lage war folgende: Nach § 20 des Strafgesetzbuches kann kein Verein mit mehr als 20 Mitgliedern gebildet werden ohne behördliche Erlaubnis, gleichviel ob der Verein politische, religiöse, literarische oder andere Zwecke verfolgt. Die etwa erzielte behördliche Erlaubnis kann jederzeit zurückgenommen werden. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen sind mit Geld- und Gefängnisstrafen bedroht. Von diesen drakonischen Bestimmungen sind freilich im Laufe der Jahre einige Kategorien von Vereinen befreit worden: zuerst im Jahre 1875, zu Gunsten der klerikalen „Bildungsvereinigung“, die höheren Bildungsvereine, dann, im Jahre 1884, die Gewerbevereine und Syndikate, schließlich die Hilfsstellen. Für die politischen Vereine besteht § 291 noch bis zur heutigen Stunde gesetzliche Gültigkeit, wenn er auch in den letzten Jahren nur ausnahmsweise angewendet worden ist. Er hängt stets als das Schwert des Damokles über den politischen Vereinen.

Die fälschlichen und gefährlichen Bestimmungen werden nun durch das neue Gesetz aufgehoben und den politischen Vereinen volle Freiheit gewährt. Im § 2 dieses Gesetzes heißt es wörtlich: „Vereinigungen von Personen, außer religiösen Vereinigungen, können gebildet werden, frei, ohne vorherige Erlaubnis und ohne Anmeldung.“

Die Anmeldung ist nur erforderlich zur Erlangung der Rechte einer juristischen Persönlichkeit für den Verein. Dafür genügt die einfache Anmeldung des Titels und des Sitzes des Vereins und die Mitteilung der Namen der Vorstandsmitglieder (§ 5).

Die Auflösung eines Vereins kann nur durch einen Gerichtsbeschluß vollzogen werden, und zwar nur im Falle widergesetzlicher Handlungen. Nur Vereine, deren Mitglieder in der Mehrheit aus Ausländern bestehen oder deren Sitz im Auslande sich befindet, können in bestimmten Fällen durch ein Dekret des Ministeriums aufgelöst werden.

Die religiösen Vereine sind durch dasselbe Gesetz unter einen Ausnahmestand gesetzt.

Es kann kein religiöser Verein gebildet werden ohne Zustimmung des Parlaments durch ein spezielles Gesetz für jeden Fall (§ 13). Diejenigen religiösen Vereine, die von früher her die behördliche Bestätigung benötigen oder zu Zukunft die gesetzliche Bestätigung vom Parlamente erlangen werden, sind verpflichtet, den Behörden jederzeit auf Verlangen alle persönlichen und finanziellen Einzelheiten mitzutheilen. Jede Zuwiderhandlung ist mit schweren Geld- und Gefängnisstrafen bedroht. Außerdem besitzt die Regierung den religiösen Vereinen gegenüber ein unbedenkliches Auflösungsrecht.

Man sieht, daß das neue Gesetz gegen die religiösen Vereine sehr hart ist; doch lange nicht genug nach der Ansicht eines großen Teils der französischen Demokratie, die nichts weniger fordert, als Aufzehrung und Verbot aller religiösen Vereine, namentlich der katholischen Vereine, die unter dem Namen „Kongregationen“ bekannt sind; das Verbot der so ausgeschlossenen Vereine, das auf mehrere Millionen geschätzt wird, sollte vom Staate konfisziert und für soziale Zwecke

verwendet werden. Der Gedanke ist nicht übel, er hat aber in der Deputiertenkammer eine Mehrheit nicht gefunden.

Eine teilweise Expropriation der Kongregationen hat übrigens auch der Regierungsentwurf in Vorschlag gebracht. Es sollte demnach denjenigen Kongregationen das Vermögen genommen werden, die zur Zeit ohne behördliche Erlaubnis bestehen, wenn es denselben nicht gelingt, vom Parlamente die gesetzliche Bestätigung zu erlangen. Die so vom Staate gewonnenen Mittel sollten der zulässigen Arbeiterverschaffung übergeben werden. Aus diesem Vorschlage ist nun auch nichts geworden. Die bürgerlichen Parteien haben Angst vor dem bloßen Worte „Expropriation“ und die Regierung hat der Opposition nachgegeben. Es wurde beschlossen, mit dem Vermögen der aufgelösten Kongregationen dem „Recht“ gemäß zu verfahren. Was nun dabei „Recht“ ist, werden die Gerichte zu entscheiden haben; die Meinung ist sehr verzweigt. Einige sind der Meinung, daß das „Recht“ für die staatliche Expropriation sei.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichstag wollte sich am Montag mit einem neuen Liebesgaben-Gesetz zu beschäftigen, das unsere wie immer mutig zurückweichende Regierung nach anfänglichem Widerstreben auf agrarische Weise vorgestellt hat: mit dem Süßigkeiten-Gesetz, das gemeinsam als das Sacharinen-Gesetz bezeichnet wird. Es handelt sich darum, zu Gunsten des Judentings die Sacharinproduktion sowie nicht gerade todsüchtig, so doch mindestens den eingehenden Bestimmungen und der ebenfalls höchsten Belastung zu unterwerfen. Der Erfolg der Vorlage wird, wenn sie Gesetz werden wird, der Meinung, daß der Preis des Sacharins, das der armen Bevölkerung bisher ein willkommener Ersatz für den Zucker gewesen ist, außerordentlich in die Höhe gefräuscht werden wird. Eben das wollen ja aber auch die Agrarier, deren extremste Vertreter, die Dr. Röhl & Co. Kaiserslautern und Dr. Dietzel sogar befürworten, daß die Regierung nicht länger Hand zum Verbot der Sacharinproduktion gefrischen ist. Die anderen Agrarier, wie Graf Kanitz und Paasche wollen sich vorab gütig mit der jetzigen Vorlage begnügen, ohne indessen die Hoffnung aufzugeben, bei der Kommissionsberatung weitere „Verfestigungen“, d. h. Verschärfungen für die Konsumanten einzufügen zu können. Nicht ganz zufrieden mit der Vorlage scheint das Zentrum zu sein, dessen Wortführer Dr. E. mit einem besseren und einem nassen Auge sich über den Entwurf äußerte. In seiner Brust scheinen zwei Seelen mit einander zu ringen, die ihm innerwobene agrarische Rollwuchs haben mit der nun einmal nötigen Rücksicht auf die Konsumanten. Die Linke erklärte sich gegen den, von dem vor den Agrariern zu Kreuze gekreuzten Sacharinfakt v. Thielmanns verfeindeten Entwurf. Sowohl Eichhoff von der freisinnigen Volkspartei, wie der Abg. Schröder von der freisinnigen Vereinigung befürworten das Gesetz, denn indessen keiner so energisch zu Leibe ging, wie Genosse Wurm. Er wies schlägig nach, daß es sich um nichts anderes als um eine neue Liebesgabe an die Zuckerproduzenten handele, daß dogegen an der finanzielle Erfolg des Gesetzes gleich Null sein werde, weil das, was die Besteuerung des Süßstoffes bestens einkommen möchte, durch die Kosten der Kontrolle vollauf verschlungen werden wird. — Die Vorlage wurde schließlich einer Kommission von 21 Mitgliedern übertragen. Diese sieht die erste Sitzung des neuen Haushaltsgesetzes auf der Tagesordnung.

Der Getreidezoll für Roggen und Weizen soll nach dem Regierungsentwurf von 3,50 M. auf 5 M. für den Doppelzentner erhöht werden, und zwar soll der Satz von 5 M. als Minimalzoll liegen. — Die Nachricht war zuerst von Berlin aus im „Hannov. Cour.“ verbreitet worden. Sie wird jetzt von dem Berliner Bülowsoffizieren in der Münchener „Alg. Ztg.“ bestätigt. — Der Zollzoll von 5 M. ist derjenige, welcher 1888 eingeführt wurde und bis zum Beginn der Aera der Handelsverträge bestanden hat. Auch eine solche Zollerhöhung würde daher

in der schärfsten Weise die Ablehnung von der bürgerlichen Handelsvertragspolitik bedeuten.

Die Zentrumskübler und die Arbeiter. Daß die Zentrumskübler dem Getreidezoll der gemeine Sache mit den Agrariern evangelischer Oberansprachen, mag auch dem gutgläubigsten Arbeiter, Gewerbetreibenden, Beamten, ultramontaner Parteizugehörigkeit über die wahre Volksfreundlichkeit des Zentrums die Augen öffnen. So machen denn auch, wie bereits im Einzelnen gemeldet, die katholischen Arbeiter am Rhein, bisherige Zentrumswähler, allmählig gegen die Erhöhung des Getreidezolls mobil. Katholische Arbeiter erliegen läufig in „Heroldner Kreiszeitung“ einen Aufruf, in welchem dem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben wird, daß das Zentrum im preußischen Landtag geschlossen habe die Erhöhung des Getreidezolls gestimmt habe. Wenn man behauptet, die katholischen Arbeiter nähmen kein Interesse an den Kornzölle, so liege sich lediglich daran, daß ihnen jede Möglichkeit, ein derartiges Interesse zu zeigen, genommen sei. In den Arbeitervereinen seien allenfalls die Geistlichkeit an der Spitze und hinterstellt deren Kundgebungen. Die Zentrumspresse aber nehm' Artikel solcher Art gar nicht auf. So wurde auf der einen Seite die Stellungnahme der katholischen Arbeiterkreise loidgeschwungen, auf der anderen sogar direkt entstellt, wenn es gelingt, sich ein katholischer Arbeiterkreis im Namen der katholischen Arbeitervereine für Erhöhung der Kornzölle aufzuspielen. — Auch an anderen Orten röhren sich die Arbeiter. Der Vorsteher des christlichen Metallarbeiterverbandes für Deutschland, Herr Wieder in Duisburg, hat sich schon wiederholt gegen die Erhöhung des Getreidezolls ausgesprochen, desgleichen der Vorsteher des christlichen Gewerkschaftsrates, Herr Drog in M. Gladbach. Ferner agitiert der niederrheinische (zug. partizipative) Werberverband, der seinen Sitz in Krefeld hat und am ganzen Niederrhein hart vertrieben ist, neuerdings gegen die Lebensmittelversorgung. Auch er besteht meist aus Zentrumswählern. — Die katholischen Arbeiter befürchten, weil das Zentrum aus Furcht vor dem Bunde der Landwirte einscheint, aus Furcht vor den eigenen Wählern andererseits eigene Versammlungen nicht veranstaltet, die von anderer Seite einberufenen ziemlich stark und stimmen dort den Resolutionen gegen die agrarischen Forderungen massenhaft zu. Gerade in den Industriezonen des Zentrums erwachen die lang niedergehaltenen wirtschaftlichen Wünsche und Bedürfnisse und machen sich geltend. Im Grunde find auch die katholischen Arbeiter gegen die Getreidezollerhöhung. Niemand vorläufig unter dem hypnotisierenden Einfluß der Geistlichkeit stehend, aber nur schäfchen gegen die Parteileitung zu opponieren. Indes die Bewegung wächst. Die Zentrumspartei in den Industriezonen werden wohl über Abel geworben sein, auf die Stimme Rücksicht zu nehmen. Schließlich wird auch der Klerus sich da Dauer nicht mehr im Stande sein, die ausgelärmten Arbeiter im „ultramontanen Thurme“ festzuhalten.

Ortsfassen und Parteiopolitik. Die parteipolitische Ausschaltung der Differenzen zwischen der Leipziger Ortsfasse und den Artern därfte wohl endgültig unmöglich gemacht sein durch eine Erklärung, die jetzt der Rassenvorstand abgibt. In seinem „Mittheilungen“ Nr. 4 schreibt der Vorstand, unterzeichnet Dr. Willmar Schwabe: „In einem Teil der Prese ist es verucht worden, die Maßnahmen des Vorstandes als Ausdruck einer bestimmten Parteiopolitik hinzustellen. Nichts ist unrichtiger als das. Alle Beschlüsse des Vorstandes sind mit vollster Einmütigkeit und aus rein sozialistischen Gründen gefaßt worden; niemals ist politischen Einflüssen irgend welcher Art der geringste Einfluß darauf eingetragen worden. Weder die abweichenden politischen Anschauungen der Vorstandsmitglieder unter einander, noch die Beschiedenartigkeit ihrer bürgerlichen Berufe haben sich jemals irgendwie geltend gemacht; stets ist das Wohl der Rasse und ihrer Mitglieder der allein ausschlaggebende Gesichtspunkt gewesen. Es ist deshalb auch ganz verlebt, einzelne Vorstandsmitglieder für gesetzte Beschlüsse verantwortlich zu machen und der Vorstand kann es nur bedauern, wenn in der

Presse einzelne Namen genannt werden. Der Vorstand betrachtet sich als vollständig solidarisch und jedes seiner Mitglieder steht für alle gesetzten Beschlüsse mit seiner Person ein“.

Die Scharfmacher, die nicht müde wurden, die sozialdemokratische Partei für die Haltung des Rassenvorstandes verantwortlich zu machen, und über sozialdemokratischen Territorien zu schreien, mögen sich das hinter die Ohren schreiben. Wie in Leipzig, so auch in München. Auch in München sind Differenzen zwischen den Artern und einer Ortsfasse. Während aber in Leipzig die Honoriertur der Arter zunächst gar nicht in Frage kam und die Honoriertur erst nach Ausbruch des Streits mit hineingezogen worden ist, handelt es sich in München gerade um eine Honoriertfrage. In Leipzig handelt es sich darum, daß die Rasse nur noch mit „ihren Leuten“ verhandeln wollte, in München aber wollte man den ohnehin viel schlechteren wie in Leipzig honorierten Artern noch Abzüge machen. Da ist es denn ein Aufwachen, daß man auch die Borgänge in München gegen die Sozialdemokratie ausschlägt; nun hat zwar die Sozialdemokratie damit so wenig zu tun, wie mit dem schlechten Wetter, aber darauf kommt's ja den Scharfmachern nicht an. Ganz offen macht z. B. merkwürdigweise die ultramontane Presse, die doch über Borgänge in München eigentlich unterrichtet sein mühte, die Sozialdemokratie für diesen Konflikt verantwortlich. Wir konstatiren demgegenüber, daß in der Verwaltung der Münchener Ortsfasse für das Wirtschaftsgewerbe, und die es sich hier handelt, kein einziger Sozialdemokrat ist und daß die Initiative zu der beschäftigten Honoriertfrage sogar von der Aufsichtsbehörde, dem Magistrat von München ausgegangen ist. Der Vorstand der Ortsfasse in Leipzig greift zu einem neuen Mittel, durch das er den Beweis erbringt, nach gut bürgerlich-kapitalistischen Grundlagen zu handeln: Er kündigt an, daß er, um nicht der „schuld bewußten Schwäche“ gejagt zu werden, gegen alle direkten, die sich als Utreiter oder Verbreiter der „schäßlichen Nachrede“ des Vertragsbruchs ermitteln liegen, Strafantrag gestellt habe.

„Recht“ in der Reichspost. Vor einiger Zeit wurde vom „Vorwärts“ berichtet, daß ein Berliner Post-Beamter das gewaltige Verbrechen begangen hatte, einen Unterverbeamten in einem dienstlichen Protokoll mit „Herr“ anzureden. Das drohte ihm nicht nur ein Rüge zu bringen, sondern er wurde von dem Herr. Aufsichtsbeamten auch angewiesen, das Protokoll dementsprechend zu berichtigten. Damit beschäftigt sich eine Verfügung der Oberpostdirektion vom 28. März d. J., welche den Beamten wie folgt zur Kenntnahme unterbreitet worden ist:

Grund der Verfügung der Kaiserlichen Ober-Postdirektion vom 28. März d. J. muß es im Allgemeinen als unsittlich bezeichnet werden, den Unterverbeamten gegenüber die Amtsbezeichnung fortzulassen und sie nur mit dem Namen ohne den Zusatz „Herr“ anzureden.

Die Herren Beamten haben auch den Unterverbeamten gegenüber unbedingt angemessene Formen zu beachten und alles zu vermeiden, was den Unterverbeamten berechtigen könnte.

Über diese Verfügung ist Schweigen zu beachten.

Österreich-Ungarn.

Der allgemeine österreichische Witter war in den letzten Tagen noch durch ein neues Element des Unfriedens verstärkt worden. Klarlich wurde über eine stürmische Sitzung im Abgeordnetenhaus berichtet. Den Anlaß dazu gab die Thalhauser, die den österreichischen Chronologer — der an Beliebtheit überhaupt nichts mehr zuweisen hat — das Protektorat über den katholischen Schulverein übernommen. Das Scheitern des Fernen scheitert nicht mehr zu überzeugen. Aber wer weiß, was der katholische Schulverein in Österreich ist, wird esbezweifeln, daß die Übernahme des Protektorats durch den Kronprinzen in weiten Kreisen der Bevölkerung schwere Beulen erregen mußte. Denn der katholische Schulverein ist ein Kampfverein, der sich zur Ausgabe gestellt hat, die staatliche Schulordnung, wie sie jetzt besteht, im ultramontanen Sinne umzuwandeln, d. h. an die Stelle des Staates die römisch-katholische Kirche zu setzen. Der

Verein dient also einer bestimmten Partei und sieht sich die Bekämpfung der Staatsautorität zum Zwecke. Wer aber das Protestantat darüber übernimmt, kann nicht umhin, dieser Partei sich anzuschließen und diesen Zweck zu billigen. Dazu kommt nun noch, daß der Kronfolger in ganz besonderer ausfallender Form diesen Schritt getan hat. Er hat selbst zu seiner Erkenntnis angeregt, daß die Vereinsbildung in feierlicher Dankesaudienz empfangen, hat sich dabei sehr anerkennend über die Thätigkeit des Vereins ausgesprochen, ihn als ein Gegengewicht gegen die Los-von-Rom-Bewegung bezeichnet und ausdrückliche Erwidigung gegeben, seine Worte zu veröffentlichen. Es liegt also eine außerordentlich starke Meinungs- und Willensbildung des Kronfolgers vor. Ob irgend ein Provinzmann bewußter Weste-Pietisten ist und im Sinne der Pietisten an der Verpflichtung der Schule arbeiten will, ist ganz keine Sache. Aber dem künftigen Kaiser steht man in Defterreich nicht so leicht nach, daß er für die Verbesserungen der Dunkelmänner eintritt, welche bisher ein Glück des Landes waren. Daher die Eregung eines großen Theiles der Abgeordneten, und zwar nicht bloß jener, welche den „Kulturkampf“ sportlich betrieben. Es fehlt nicht an Stimmen, welche die Auslösung des alten Kaiserstaates nach dem Ableben des derzeitigen Monarchen prophezeien. Ihre Meinungsäußerung wird ein um so stärkeres Echo finden, wenn der obenhin seines Bruders halber unbeküste Thronfolger im Vorraus fundt, welchen „Kurs“ er zu steuern gedenkt. Das Ministerium Rörber ist durch den exzessiven Streit in eine helle Situation gekommen. Wie läuft und unter Aufwendung der verschiedensten Mitteln ist es ihm gelungen, den Streit im Parlament so weit zu beschleichen, daß daselbe baldwegen arbeitsfähig geworden ist. Dass dies Erfolg erreichte, hat es nur dem Umstande zu danken, daß über dem eigentlichen Wesen seiner Politik ein verschleierndes Dunstschlag lag und daß man nicht wußte, ob es den tierhaften Forderungen nachgeliessen würde oder nicht. Wohl aber wird bei der ersten Gelegenheit Rörber Farbe befehlen müssen, und wenn er dann schuld abstreiten kann, er sich dafür bei dem edlen Bringen bedanken, der „von Gottes Gnaden“ und durch den Selbstmord des Kronprinzen Rudolf die nächste Amtsreihheit auf den stimmlich wackeligen und wumstichigen Thron der Habsburger hat.

Frankreich.

In einer Unterredung Walde-Rousteaus mit einem Redakteur des „Advertiser Herald“ äußerte der Premier-Minister, seine Krankheit sei die Folge einer physischen Ermattung, welche eine zweijährige ununterbrochene Arbeit bei ihm hervorgerufen habe. Am 12. Mai soll Walde-Rousteau nach Paris zurückkehren und seine Tägigkeit wieder aufnehmen. Er werde sich, sagte er weiter, quer mit dem Sezessionswesen über die Arbeitspensionen beschäftigen, damit dieser alsbald der Kammer vorgelegt werden könne. Das Kabinett erwarte von bestreiter Seite nichts, sondern will, daß der Entwurf zur Annahme gelangen werde. Walde-Rousteau sah sich die Unterredung mit einer Besprechung der Fest von Toulon, in welcher er eine neue Rara des Friedens und das Ende der bedeutenden wirtschaftlichen Differenzen zwischen Frankreich und Italien erläutert.

Frankösche Höflichkeit. Der französische Botschafter hat den Reichskanzler Grafen von Bülow gebeten, anlässlich des Besuchs in Peking und des Todes des Generalmajors v. Schwarzkopf dem Kaiser den Ausdruck des Beileids von Seiten des Präsidenten Loubet und der französischen Regierung zu übermitteln.

England.

Auf den Finanzmärkten hat das englische Ministerium das Reich mit einem mäßigen Rücktritt, in welche der vom Baume gebrochene Krieg es gebracht hatte. Das Unterhaus hat nämlich einen Einzuhrzoll auf Zucker, einen Ausfuhrzoll auf Kohlen, eine Erhöhung des Einkommensteuer auf sechs Prozent und eine Anleihe von 60 Millionen Pfund Sterling beschlossen. Durch den Zuckezoll in der Zuckerpreis in England kostet um 1% Penny, gleich 1/4 deutsche Penny, in die Höhe gefeuert. Die Opposition gegen diese finanziellen Maßnahmen war im Unterhause eine sehr starke. Sie wird im Lande erst beginnen und hoffentlich das englische Volk von seinen nordspartitionellen Reigungen trennen.

Zur Kriegsrente wird weiter berichtet, daß der nun vorstehende Briefsatz zur Subsription auf Konföld in der Höhe von 30 Millionen Pfund = 60 Millionen Mark einzählt, zum Emissionspreise von 94 $\frac{1}{2}$ und zu einem Zinsfuß von 2 $\frac{1}{2}$ Proz. bis zum 5. April 1903, von da ab von 2 $\frac{1}{2}$ Proz. Die Anleihe steht auf der gleichen Stufe wie die bereits vorhandenen Konföls und ist vor 1923 nicht rückzahlbar. Der Briefsatz besteht ferner mit, daß von der gesammelten Anleihe in Höhe von 60 Millionen Pfund Stellung 30 Millionen Pfund bereit untergebracht seien. — Zugleich aber scheint man den einheimischen Kredit nicht mehr allzu optimistisch zu bearbeiten, denn man will die anderen 30 Millionen Pfund in Amerika unterbringen! — Ganz wie Deutschland mit der 40 Millionen-Anleihe!

Spanien.

Das liberale Ministerium Sagasta macht enthüllende Berichte über die Ausbildung des Landes durch den Pietismus aufzutragen. zunächst ist der Anfang noch schwierig genug; vom Kultusbudget werden zehn Millionen gestrichen. Wie es ferner heißt, erhält der spanische Vertreter beim Sozialen, Marquis de Pical, in den letzten Tagen Anweisung, sofort Unterhandlungen mit dem Patriarcat anzustimmen wegen Änderung des Konföld. Der Marquis wird wahrscheinlich seine Entlastung nehmen, da er Anhänger des bisher geltenden Abkommen ist. Sehr erklärt ist, dem Patriarcat ein pietistischer Pietismus vom reinsten Wasser; er wurde noch vom vorigen Kabinett nach Rom delegiert. Sein Rücktritt wäre selbstverständlich. In Madrid und im übrigen Spanien dauert die antiklerikale Bewegung kräftig an.

Im Saal des Balbaus zu Madrid stand eine Versammlung statt. Der Saal war überfüllt. Viele Frauen waren anwesend. In den Räumen, welche gebaut wurden, zog man (mit berechtigter Entrüfung) gegen den Pietismus zu Felde und verlangte Trennung der Kirche vom Staat und Lateinunterricht. Man behauptete zutreffend, der Pietismus sei schuldig an allen Niedergang Spaniens und forderte die Beendigung der Kongregationen. Nach Schluss der Versammlung versuchten die Theologen eine Kundgebung zu veranstalten, allein ein starker Regenschauer verzerrte diese, ohne daß ein Zwischenfall vorgekommen wäre.

Afrika.

Auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz ist das Hauptquartier des Generals French vom Ober-Transvaal nach Johannesburg verübt. French berichtet, daß im Osten unter den Buren dieselbe Hoffnunglosigkeit herrsche, wie später (1), daß aber die Stadt der sogenannten Regierung eine persönliche Aktion nicht zulasse. French muß, wie der „Times“ aus Pretoria gemeldet wird, wegen eines leichten Unwohlseins kurz Zeit der Ruhe pflegen. Hat General French die Rätselheit Bulwer? Die Proben der Hoffnunglosigkeit der Buren sind den Engländern bis jetzt schlecht bekommen.

Die Millarden-Britannia hat bis jetzt England das südafrikanische Spekulanten-Abenteuer gefolgt. Sie sind dies eine Milliarde mehr, als Deutschland im deut.-französischen Krieg ausgegeben hat.

Die Wirren in China.

Die Belagerung des Generals v. Schwarzkopf fand am Sonnabend in Peking statt. Der „König.“ zufolge bot die Trauerfeier ein ungewöhnlich glänzendes Bild. Alle fremden Generale, die Diplomaten und etwa hundert Offiziere nahmen daran Theil. Eine große Parade von Abteilungen der acht Mächte fand statt. Die Leiche wurde einführen in Buddhas-Tempel am Totensee beigelegt. Das Geleite stellte die Jägerkompanie im Winterwald.

Das Geschäft des belgischen Gesandten in Peking verschlimmert sich die Situation in China in bedrohlicher Weise. Eine neue fremdenfeindliche Bewegung ist bevorstehend. Und aus Shanghai melden die „Daily News“: Aus Nordchina wird berichtet, daß General Tan-Tsi-Tai mit 6000 Mann Infanterie und 2000 Mann Kavallerie nach Singapur unterwegs ist.

Die Vendôme-Companie, die bei Suningfu ein Geschäft gehabt hat, war dortin von Spanholzmann entfunden worden, um eine Räuberbande zu zerstreuen; außer den zwei Todten hatte die Companie auch mehrere Vermundete. Der Feind anscheinend mit modernen Gewehren gut bewaffnet.

Sehr merkwürdig sind auch die Beziehungen der Russen und der Chinesen in der Mandchukuo. Der Gouverneur-General in Mukden in der Mandchukuo hat von den Russen 400 000 Tads zur Sicherheit verschiedener Militärpolizeigruppen geleistet; als Sicherheit verpfändete der General die Land- und die Personenseite.

130 Missionare und Missionarinnen und außerdem 52 Kinder sind nach einer Zusammenstellung der „North China Daily News“ im Gangen den letzten Unruhen in China zum Opfer gefallen.

Die Unruhen unter Chinochinesentruppe schürt der frühere deutsche Gesandte in Peking, Herr v. Brandt, in wenig verdeckten Farben. Er schreibt u. a.:

„Die Vorgänge in Tientsin, die das Vorhandensein weitgehender, zu Thälselfkeiten auslösender Differenzen zwischen den verschiedenen, dem internationalen Expeditionscorpus angehörenden Truppenheiten bewiesen haben, ließen die Chinesen von einem Dutzend verschiedener Kontingente in dem zu errichtenden Gesandtschaftsviertel als nicht ohne Gefahr für die sonstigen Bewohner desselben erscheinen, jedenfalls aber als kaum geeignet, den Chinesen einen besonderen Begriff von der Einigkeit der Vertragsmächte zu geben. Die Sache hat aber auch noch eine andere ernste Seite, die man wohlhaben würde, in ernsthafte Erhöhung zu ziehen, ob es zu spät ist. Beobachtigt man, die die Garnison des Gesandtschaftsviertels oder der in demselben befindlichen Gesandtschaften bildenden Mannschaften dagegen eingeschlossen zu halten, dann muß man für ihre Vergnügungen und leiblichen Bedürfnisse innerhalb dieses Viertels sorgen, was kaum

dazu beitragen dürfte, es zu einem brennenden Streit für die anderen Bewohner zu machen. Man wird aber den 2000 Mann, die wenn ich nicht irre, für den Bau der Gesandtschaften in Auftrag genommen worden sind, geflossen, sich ihre Zerstreuungen und Vergnügungen außerhalb des Gesandtschaftsviertels zu suchen, so können wir mit Sicherheit darauf rechnen, in nicht allzu langer Zeit die Nachricht zu erhalten, daß einer oder der andere Gesandtschaftsvertreter, vielleicht auch mehrere, von den Chinesen totgeschlagen worden seien. Es ist auf einer Seite viel zu viel Hoffnung gesetzt worden, daß er nicht soviel zu und zu blutiger Saat aufsetzen sollte, und es stehen in 2000 Männer zwischen 20 und 25 Jahren auch im besten Falle so viele gesäßliche Elemente, daß Räuberstörungen ihresgleichen und dadurch hervorgerufene Ereignisse des chinesischen Volkes nicht nur zu den Möglichkeiten der Lage, sondern zu den Gewalttaten geblüht werden müßten. Und was dann? Sollen solche Vorkommnisse, aus die, wie gesagt, mit Sicherheit zu rechnen ist, dann den Vorwand für neue Expeditionen oder zu Strafmaßregeln an Ort und Stelle, manuumilitärische, die Veranlassung geben?“

Gegen den Brodwucher.

Gegen die Gerechtsamehöhung macht in der „Deutschen Medizinalzeitung“ Dr. Aron vom medizinischen Standpunkt aus gemäßige Einwendungen, die zwar nicht neu, aber zeitgemäß sind. Er weist darauf hin, daß im Kampfe gegen die Tuberkulose eine möglichst gute Ernährung von fundamentalem Werthe ist, und daß jede Beschleicherung derseinen die Erfolge im Kampfe gegen diese verhindernde Krankheit verringern muß. Eine Verhinderung des Gerechtsamehöhung für die Volksgesundheit von immenser Nachtheil ist. Dr. Aron bestreitet es deshalb als ganz besondere Pflicht der Aerzte, aus die schädlichen Folgen des Brodwucherbeurteilung hinzuweisen, gelöst von jedem Befürchtungsgrunde, gestützt allein auf ihre Erfahrung und wissenschaftliche Überzeugung. Ich glaube, schreibt er, daß es kaum einen deutlichen Arzt geben wird, welcher Partei er auch angehören mag, welcher sich nicht beweisen fähig, gegen die Verhinderung des notwendigen Nahrungsmitteis, die des Brodes, anzuklingen, der nicht den Anspruch ist, daß eine Beschleicherung der Volksernährung von immenser Nachtheil für die Gesundheit des Volkes sein möge, daß dadurch die Widerstandsfähigkeit bei Krankheiten sinken muß, daß der Kampf gegen Volkskrankheiten, besonders auch gegen die Tuberkulose, dadurch einen gewaltigen Rückgang machen muß.

Gerechtliches.

Wegen Sitzenverbrechens nach § 176 I des Straf-Gesetzbuchs ist am 16. Februar nach zweitägiger Verhandlung vom Schwurgericht in Berlin der bisherige Reichsadvokat Olaf Münzer zu einem Jahre fests Monaten Zuchthaus und drei Jahren Erwerb verurteilt worden. — Seine Revision, die sich auf drei prospektive Rügen befristete, wurde vom Reichsgericht als ungrundiert verworfen.

Die Sängerin Frau Bertram-Moran-Olsen wurde von dem Hamburger Landgericht vor der Anklage des Betrugs gegen die Direktion des Stadttheaters freigesprochen, nachdem bereits früher ihr Gatte Bertram ebenfalls freigesprochen worden war. Es handelte sich um die bekannte Börschaffung für Bertams mit der Direktion Bittong-Bachur.

Ein Kulturbildhauer aus Bremen. In Stendal war eine 19jährige Sachsenländerin Marie Binnowoda aus Döbendorf in Ober-Sachsen wegen verüchten Kindesmordes vor dem Schwurgericht angeklagt. Es wurde festgestellt, daß sie nur drei Jahre eine Dorfschule besucht hat; vom neunten Lebensjahr ab hat sie keinen Unterricht mehr genossen. Sie war bis zum 14. Lebensjahr als Hüttendädchen auf verschiedenen Stellen beschäftigt. Raum vierzehn Jahre alt, gab sie einen Knaben, der jetzt bei ihren Eltern in Plega ist. Einige Jahre später wurde sie zum zweiten Male Mutter; das Kind starb bald darauf. In ihrem letzten Dienste zu Schönhausen in der Ultmach gehabt sie zum dritten Male; das neugeborene Kind war sie zum Absterben. Dort wurde es aber bald gefunden und ist jetzt noch am Leben; es ist in Stendal in Pflege gegeben worden. Der Angeklagte, der weder lebend noch schreien kann, wurde wegen ihres niedrigen Bildungsgrades mildende Umstände zugelassen. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Aus Stadt und Land.

Baut, 23. April.

Zur Lohnbewegung der Arbeiter im Bauwesen. Eine gehörte Abend stattgehabte Versammlung der Maurermeister und Bauunternehmer hat sich dahin erklärt, die verlangte Lohnertöhung auf 55 Pf. pro Stunde zurückzuhalten in Abrede der ungünstigen Baukonjunktur. Sie haben sich bereit erklärt, vom nächsten Jahr ab 52 $\frac{1}{2}$ Pf. zu bezahlen zu wollen. Heute Nachmittag werden die Lohnkommissionen der Arbeiter und der Unternehmer im Beisein des Zentralvorstandes der Maurer zusammen treten. Hoffentlich kommt es dabei noch zu einer Einigung. Heute Abend wird die Lohnkommission der Maurer in Sadewasser's „Tivoli“ in einer öffentlichen Versammlung Bericht erläutern und es wird die Versammlung in der Bohnfrage definitiv Stellung zu nehmen haben.

Zum Konflikt ist es am Neubau des Werkstättenhauses zwischen den Bauarbeitern und den Bauleuten gekommen, infsoße dass die Bauarbeiter heute Morgen die Arbeit niedergelassen. Es soll sich um die Einziehung von unorganisierten Arbeitern handeln.

Das Grundbuchamt zu Jever gibt bekannt, daß außer an den regelmäßigen Sprechtagen aus am 3. und 4. Mai d. J. Anträge in Grundbucheichen, welche aber vorher möglichst angemeldet werden sollen, entgegenommen werden.

Eine Lokalbesichtigung der für die Errichtung eines Schlachthauses für Wilhelmshaven, Bant und Duyven vorgeschlagenen Plätze sind gestellt statt. An derselben beteiligten sich der Magistrat und das Bürgermeister-Kollegium von Wilhelmshaven, die Schlachthaus-Kommission von Duyven und die von Bant. Werner, der Vertreter der Oldenburger Spar- und Leibbank, Rammertz Alder, waren Zeugen. Nach der Besichtigung fand im Centralhotel des Hrn. Hemmen eine Besprechung statt. In dieser wurde die Wahlfrage in jowit gelöst, als Blatz allgemein als der geeignete anerkannt wurde. Der von Bant vorgeschlagene Platz als Marktplatz wurde, weil zu klein, als nicht geeignet erkannt. Außerdem erklärte der Vertreter der genannten Bant, daß der Platz wesentlich besserer sein würde als der von Wilhelmshaven offizierte und würde die Bant ihn zu dem fraglichen Zweck nicht gerne hergeben. Das Resultat der weiteren Verhandlungen war die Übereinstimmung der Beteiligten, die weiteren Verhandlungen in den Kommissionen zu führen. Das Resultat soll von den Gemeindevertretungen die Schlachthauspflicht durch Beschluss angesprochen werden.

Zu den Biermärkten. Eine Antwort zu den geplanten Biermärkten ist, wie wir hören, endlich nach langem Warten aus dem Ministerium hier eingetroffen. Wer aber vielleicht glaubt, daß nunmehr alle Hindernisse überwunden sind, der hat sich eben mal wieder getäuscht. Das wohlhabende Ministerium möchte nämlich vorerst noch einmal die Gründe lernen lassen, die die Gemeindevertretungen beworben haben, die Märkte an den Donnerstagen abzuhalten und nicht in Verbindung mit den Biermärkten, wie das ursprünglich geplant war. Dieser Wunsch des Ministeriums erscheint mehr wie befremdlich, da die Gemeindevertretungen deshalb beschlossen hat, um eine Verhinderung der Volksvermehrung von immenser Nachtheil für die Gesundheit des Volkes sein möge, daß dadurch die Widerstandsfähigkeit bei Krankheiten sinken muß, daß der Kampf gegen Volkskrankheiten, besonders auch gegen die Tuberkulose, dadurch einen gewaltigen Rückgang machen wird.

Offenbahnunfall. Als geklemmt Mittag der Arbeitstag, der die Bierarbeiter vor die nach der Befreiung, abfahrt, kam, sah ein Lehrgang hier eingetroffen. Wer aber vielleicht glaubt, daß nunmehr alle Hindernisse überwunden sind, der hat sich eben mal wieder getäuscht. Das wohlhabende Ministerium möchte nämlich vorerst noch einmal die Gründe lernen lassen, die die Gemeindevertretungen beworben haben, die Märkte an den Donnerstagen abzuhalten und nicht in Verbindung mit den Biermärkten, wie das ursprünglich geplant war. Dieser Wunsch des Ministeriums erscheint mehr wie befremdlich, da die Gemeindevertretungen deshalb beschlossen hat, um eine Verhinderung der Volksvermehrung von immenser Nachtheil für die Gesundheit des Volkes sein möge, daß dadurch die Widerstandsfähigkeit bei Krankheiten sinken muß, daß der Kampf gegen Volkskrankheiten, besonders auch gegen die Tuberkulose, dadurch einen gewaltigen Rückgang machen wird.

Nach ein „Bolschist“. Der Radfahrverein „Farewell“ beschloß, am 2., 3. und 4. Juni d. J. ähnlich des Bezirksteils ein Bollerfest zu veranstalten. Mit demselben wird ein Konkurrenz-Radrennen, ein Wettkennen und ein großes Kunstmäzen veranstaltet werden.

Kreuzen, 23. April.

In der gemeinschaftlichen Sitzung des Schulstandes und Schulausschusses der Schulstadt Kreuzen, welche gestern Abend stattfand, wurde zunächst ein Antrag der Hauptschule erledigt, welcher dahin ging, daß eine neue Klasse einzurichten werden müsse, es aber am nötigen Klassenraum sowie an Lehrern mangelt, folglich sei man gezwungen, diese Klasse außer der planmäßigen Zeit zu unterrichten, was von zwei der hier tätigen Lehrer geschehen soll. Für diese Tätigkeit wurden pro Lehrer 100 Pf. für das Sommerhalbjahr gefordert. Da der Schulausschuß die Notwendigkeit der Errichtung der neuen Klasse nicht erkannt, wurde dem Antrag zugestimmt. Dann kam der Hauptpunkt der Tagesordnung: Auverordnung der Arbeiten

Gegen die Brodwucherzölle

erscheint in unserem Verlage eine ausklärende Agitationsschrift
Handelspolitik und Sozialdemokratie
Eine populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen.
Von Karl Rauch.

96 Seiten farb. — Buchhandelpreis 1.— M. — Porto 10 Pf.

Für die Parteigenossen zur Agitation
erscheint gleichzeitig eine besondere

Agitationsausgabe Einzel: 30 Pf., in Partien für Wahlvereine,
Bürgervorsteile, Agitationskomitees u. dergl.

Der als wirtschaftspolitischer Schriftsteller ruhmvoll bekannte Verfasser erörtert das schwierige und in seinen politischen u. wirtschaftlichen Zusammenhängen vielfach noch nicht klar erschlossene Thema in 9 Hauptkapiteln: 1. Die Finanzsätze, 2. Die Handelsblöcke, 3. Das alte Schutzzollsystem, 4. Der alte Freihandel, 5. Der Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll, 6. Der neue und der alte Schutzzoll, 7. Die Agrarsätze, 8. Die Handelsverträge, 9. Welthandel und Sozialdemokratie. Die nach den historischen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten sind die 9 Hauptkapitel wieder in zahlreiche Unterkapitel gelegt, so dass jeder denkende Leser sowohl über die brennende Streitfrage des nächsten Zukunft klar Auflösung findet als auch darüber, welche Stellung die Sozialdemokratie im Interesse der deutschen Arbeitersklasse zu nehmen hat.

Zahlreichen Bestellungen steht entgegen

Buchhandlung Vormärts, Berlin SW., Beuthstraße 2.

Alle ehemal. Angehörigen des Garde-Corps werden höflichst ersucht, zwecks Gründung eines Garde-Vereins

sich am Mittwoch den 24. d. Mts., Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im Varieté „Adler“ (großer Saal) einzufinden.

Mehrere ehemalige Gardisten.

Wir verleihen z. Zt. Geld auf Hypotheken zu 4 Prozent.

Wir nehmen aber nur allerbeste, erststellige und
privilegiert sichere Landhypotheken.

Für Darlehen auf Wechsel gegen Bürg-
schaft oder Unterlegung von Wertpapieren oder
Hypothekenbriefen berechnen wir z. Zt.

4 $\frac{1}{2}$ Prozent

frei von Provision.

Oldenburgische Spar- und Leihbank.
Filiale Wilhelmshaven.

Preisliste von Elimar Rothenberg, Schlachterei und Wurstfabrik mit maschinalem Betrieb und Kühlanlage.

Bitte ausschneiden und ausschreiben!

Röher Schinken	1,20	M.	weiche Mettwurst	0,80
Gefüllter Schinken	1,40	"	Leberwurst II	0,40
Cervelatwurst	1,20	"	Rothwurst II	1,50
Blodwurst	1,-	"	Sülze II	0,40
Salami	1,20	"	Rindfleisch I	0,65
Thüringer Rettichwurst	1,20	"	Rindfleisch II	0,60
Schinkenwurst	1,-	"	Krautfleisch	0,70
Geschnitt. Rettichwurst	0,80	"	Rindfleisch (faser)	0,80
Knoblauchwurst	0,70	"	Beefsteak	0,90
Würschte 3 Paar	0,25	"	Schweinefleisch (Speck)	0,60
Käsemettwurst (Hausmacher)	0,80	"	Schinken	0,65
frisch	0,80	"	Cotelet	0,75
geräuchert	0,90	"	Schnitzel	0,80
Käsemettwurst II 5 Pf. d. 3 00	0,70	"	Schmalz	0,80
Leberwurst I (Thüring. Art)	0,70	"	Hühnchengeschnetzeltes (garantiert rein)	0,80
mit und ohne Käsestückchen	0,80	"	Kalbfleisch (nach Qualität)	0,60 bis 0,75
Jungenwurst (Thüring. Art)	1,00	"	Dammelmilch	0,60 bis 0,65
Rothwurst (Thüring. Art)	0,80	"	(Preise wechseln mit der Jahreszeit.)	
Sülze I	0,80	"		

Indem ich vorstehende Preise zur gen. Kenntnis des Publikums bringe,
bitte ich um gütigen Aufdruck.

Elimar Rothenberg,

Heppens-Könnebach. — Pers. Hökerstr. 14.

Plakate liefert geschmackvoll die Buchdruckerei Paul Hug & Co.

Braunauerlicher Reklame: H. R. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Druck von Paul Hug u. Co. in Bant.

Hierzu eine Seilage.

Billiger Mittwoch

im Geschäftshause

Herm. Meinen

Heute Mittwoch

sollen die Rückstände aus sämmtlichen Lägern zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Auf nachstehende Artikel mache ich besonders aufmerksam, dieselben werden bis zu halben Preisen abgegeben, sind aber zum Theil mit kleinen Mängeln behaftet.

Abtheilung: Damen-Konfektion.

20 Stück hochfeine Staubmäntel in hellen und dunklen Stoffen für die Hälfte der bisherigen Verkaufspreise.

Ein größerer Posten schwarzer Damen-Kragen, kurze Fäasons, in Stammgarn, Tüll u. Chiffon, Verkaufspreise bis 35 M. heute jedes Stück 5 bis 10 M. Sämtliche Regen- und Lodenmäntel, Taylormadelkragen neuester Mode zu Ausnahmepreisen.

Ein Posten moderner Kinder-Jacken in blau und rot, jedes Stück 2,50 M. 20 bis 30 Stück wollene Blousen und Hemdblousen zu billigen Preisen. Die Restbestände an vorjährigen Sommer-Hemdblousen in hübschen hellen Wollstoffen bis zu halben Preisen.

Abtheilung: Kleiderstoffe.

Große Posten farbiger Kleiderstoff-Nette.

Große Posten schwarzer Kleiderstoff-Nette.

Große Posten Kattun und Zephyr-Nette.

Große Posten Schürzen-Nette.

Große Posten Seiden- und Sammet-Nette.

Abtheilung: Kurzwaren.

Ein größerer Posten moderner Kragen und Schleifen zu billigen Preisen und ein Posten

Stoff- und Glacé-Handschuhe.

Bekanntmachung.

Die Militärpflügten der Gemeinde Bant, welche sich in diesem Jahre zur Muttertag feiern will, werden hiermit aufgefordert, ihre Losungsscheine auf dem hier, Rathaus — Zimmer Nr. 1 — in Emplang zu nehmen. Bant, den 22. April 1901.

Der Gemeindevorsteher.

Ween.

Auf Anlass der plötzlichen Ver-
fügung des Postgehilfen Herrn
Teerling von hier an das Post-
amt in Bremum, rufen ihn ein
herzliches Lebewohl zu
Seine Freunde.

Gesucht

auf sofort ein Kind zum Jäsch von

17 bis 20 Jahren. J. D. Solting.

Wilhelmshaven, Augustenstr. 9.

Die Nummer 52

des Nordb. Volksbl. vom 2. März d. J. wird in einigen Geschäften wieder er-
halten. Die Expedition.

Eine dreir. Unterwohnung

mit oder ohne Laden, zum 1. Mai oder
später zu vermieten. Nachpreis

300 M. bzw. 210 M. p. a.

J. H. Hahn, Badermeister,

Reich, Bremen, 19.

Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Bant
Mittwoch den 24. April,
Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Versammlung

in der Arche zu Bant.

— Tagessitzung: —

1. Debating und Aufnahmen.

2. Abordnung.

3. Kartellbericht.

4. Fragestunden und Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.



Verein für Thierschutz und Geflügelzucht

zu Bant.

Mittwoch den 24. April et.,

Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Monats-Versammlung

im Vereinslokal Rath, Neubremen.

Um recht zahlreiches Erscheinen erachtet

Der Vorstand.

Detmold Tasse.

Im Ausverkauf wegen
Umzug

Hemdblousen

entzückende Neuheiten,
zu auffallend billigen
Preisen.

Detmold Tasse.

Zu verkaufen

wegen Mangel an Platz ein einschl.
Gest mit Bettdecke und Matratze, so
gut wie neu.

Neue Wilhelmsh. Str. 16, 1 Tr. L.

Gr. Preis.

Die Beerdigung

unseres lieben Lieblings findet Mittwoch Nachmittag 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, vom Trauer-
hause (Weißer Schwan) aus statt.

G. Hirsch und Frau.

Sitzung des Amtsgerichts

des Amtsgerichts Jever, am **4. Mai 1901.** Vormittags 10½ Uhr, im Gauhofe „Zum Erdgroschhöf“ zu Jever.
— Tagesordnung: —
1. Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten der Bezahlung der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Halle.
2. Bezahlung des Vorantrags der Ammerbandstafe für das Jahr 1901/02.
3. Mitteilung, betreffend Erhöhung des niedrigen Verpflegungsbezugs im Sophienstift von 75 Pfennig auf 1 Mark.
4. Haftpflichtversicherung.
5. Wahl von drei Zeugzeugen und drei Stellvertretern derselben gemäß §§ 15 und 16 des Ministerialbestimmungsschreibens vom 13. Decbr. 1900, betreffend Aushebungsvorschript für die Zeit vom 1. April 1901 bis dahin 1907 a. für den Aushebungsbereich Stadt Jever, b. für den Aushebungsbereich Ammerland.
6. Verschiedenes.
Barzel, den 13. April 1901.
Der Vorsteher des Amtsgerichts.
Plage.

Immobil.-Verkauf.

Barzel. Der Gastwirt **G. Wefer** beschließt beabsichtigt wegen des ihm befreiften schweren Krankheitshafes die von ihm geführte

Herberge

verbunden mit
Gastwirtschaft
möglichst einfallsreich des gesammelten
Inventars mit beliebigem Auftritt zu verkaufen.

Sowohl die Wirtschaft, wie die Herberge erfreuen sich eines regen Zuspruchs und ist das Immobil einem thätigen Manne zum Ankaufe sehr zu empfehlen.

Das Haus enthält außer den Wohnräumen sehr geräumige Gaß, Armenta, Ch. und Schloßzimmer. In dem zum Immobil gehörigen, schön angelegten Garten befindet sich eine verdeckte Regelbahn.

Die Verkaufsbedingungen sind sehr günstige und bitte ich Kauflebhaber, sich baldigst bei mir zu melden.

W. Büppermann,
Rechnungsführer.

E. Schmidt,
Uhrmacher,
Neue Wilh. Straße 31.

Reparaturen
jeder Art an Wand- und Tafeluhren b. billigen Preisen unter Garantie.

Gute harte
ammerl. Blodwurst
per Pfund 70 Pfennig.
5 Pfund 3 Mark
empfiehlt
H. Begemann,
Waarenhaus für Kolonialwaren und Landesprodukte

Strohhüte
und Federn
zum Waschen nehme entgegen.
H. Lüschen,
Bismarckstraße 14a.

Verkaufen den ganzen Sommer

Branteier

von meinen garantiiert echten
Mineralhüttinen, per Stück 15 Pf.
Verkäufer per Post. **G. F. Hinrichs,**
Haddien bei Hoekiel.

Ein älteres Mädchen
sucht auf sofort Stellung als Hand-
hälterin. Offeren unter **M. M. 100**
an die Exped. d. Bl. erbeten.

Kommunale Praxis.

Zeitschrift für
Kommunalpolitik u. Gemeindesocialismus
Herausgeber: Dr. Albert Südhoff
Verlag: Laden & So., Dresden. 2.
Postzeitungszettel: 4. Nachtrag Nr. 4019a

Preis pro Quartal 1 Mk.

Londoner Phönix
Feuer-Assecuranz-Sozietät
Mäßige feste Preise.
Vertreter: **Carl Metze,**
Barzel, Schulstraße.

Hochfeine
Hochzeits-Anzüge
von bestem Stoff und ausgeschmücktem
Sitz empfohlen in großer Auswahl zu
den billigsten Preisen.
Gustav Kaiser,
Schneidermeister,
Neue Wilhelmshavener Straße.

Aus eingegangenen größeren Partien
Jahnu. u. Wild-Sohleder, welche
infolge hochfeiner Herstellung und Struktur
nur durch außergewöhnliche Qualität
auszeichnen, empfohlen.

Sohlen-Ausschnitte
sowie guten brauchbaren Abfall zu
bekanntigen billigen Preisen.

C. Oder, Ledershändler,
am Markt, Knorrtz. 6 (Reutepens).

Selbst die schwierigsten

Reparaturen an Wand-

und Tischuhren werden
gewissenhaft und billig aus-
geführt bei vorheriger Preis-
angabe v. **Chr. Schwartz,**
Uhrmacher und Optiker, Marktstraße 22.

Sohlen
und guten brauchbaren Abfall erhalten
Sie in größter Auswahl in der Ledert-
handlung von

Emil Burgwitz,
Bismarckstraße 15 nach Roentzstraße 75b.

Empfehle
Tischerbretter
schöne trockene Ware in
allen Dimensionen.

Georg Thaden,
Neubremen.

Zu vermieten
per sofort oder später eine Ober-
wohnung.
Gebr. Reimer,
Neue Wilhelmsch. Str. 42.

Zu vermieten
zum 1. Mai eine vierräumige Ober-
wohnung mit abget. Korridor.
J. Dapse, Friedrichstraße 63.

Billig zu verkaufen
ein gut erhaltenes Schreibpult mit
Sünderkarte. Wo, sagt die Exped.,
dieses Blattes.

12 junge Legehühner
zu verkaufen.
Neudorf, Böttcherstraße 4.

Gesucht
zum 1. Mai eine vierräumige Wohnung
mit Stallung. Von wem, sagt die
Expedition d. Bl.

Gesucht
ein Auecht für mein Rohlungsgeschäft.
A. Wagner, Bant, Hafenstr. 15.

Berantwortlicher Redakteur: R. H. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Druck von Paul Hug & Co. in Bant.

Meine Sprechstunden

in Bant finden von jetzt an
Sonntags Vorm. v. 9½ bis 12 Uhr,
Donnerst. Nachm. v. 4½ bis 7½ Uhr,
in dem Hause Neue Wilhelmsh.
Straße 49, statt.

Carstens, Rechtsanwalt.

Schönen

Sauerkohl

per Pf. 5 Pfennig.

Ferd. Cordes,

Bant, am Markt.

Zu verkaufen

zwei gut erhaltenen Zimmerthüren
und fünf zweil. Fenster.

Lüdener, Bant, Mittelstr. 12.

Ein möbl. Zimmer zu verm.

Wilhelmshaven, Börsenstr. 15, 1 Et.
Räume der Werft.

Gesucht

auf sofort ein **Mädchen** auf Stunden.
Fr. Th. Gohs, Bant,
Bordumstraße 2.

Gesucht

auf sofort **Maler-Gehilfen**, die
selbstständig arbeiten können.
Lüdener, Bant, Mittelstr. 12.

Malerlehrling gesucht.

Joh. Neumann, Wilhelmshaven,
Mittelstraße 12.

Suche zu sofort einige junge

Mädchen
aus achtbarer Familie als Lehr-
linge.

Detmold Tasse.

Das Pfand- u. Leih-Geschäft

empfiehlt sich zur Annahme von Möbeln,
Betten, Uhren, Gold- und Silbersachen,
Dosen- und Damen-Garderoben, sowie
sonstigen Gegenständen aller Art.

Wer eine gutgehende

Gastwirtschaft

mit schönem Saal, verdeckter Leyebahn
u. Biertheke und Verkehrslokal von
den bedeutendsten Gewerbeleuten, kaufen
will, hole sich Auskunft in der
Allianz-Eigendom, Schulstraße,
Barzel.

Krebs & Schnäckels



Sarg-Magazin,

Neue Wilhelmsh. Straße 80,
lieft nur in eigener Werkstatt angefertigte
Särge zu den billigen Preisen.
Großes Lager in Holz- und
Metall-Särgen.
Sämtliche Leichenbefleidungs-Gegen-
stände. Uebernahme von Beerdigungen
nach auswärtis und per Bahn.

Chinolin-

Fußbodenborden trocken unter
Garantie in 12 Stunden liebst,
sind doppelt so haltbar wie Del-
farden und nichts schwerer wie
leichtere. Allein zu haben bei **Gd.**
Pannbäcker, R. Wilh. Str. 39.

Waarenhaus

B. H. Bührmann.

Große fertige Betten

Unterbett, Oberbett u. Kopflinnen
aus garantirte federdichtem Dulett gefertigt, mit
gut gereinigten Federn gefüllt, 11,50, 17,50, 20,
28,50, 36,50 bis 110 Mt.

Bettfedern

Pfund 50, 60, 85, 100, 125, 150, 175 Pf.

Halbdauinen und Daunen

Pfund 2, 2,20, 2,75, 3,40, 4,50, 6 Mt.

Alpengras-Matratten.

Eiserne Bettstellen

für Erwachsene und Kinder

in großer Auswahl.

Vortheilhaftes Angebot!

Ich hatte Gelegenheit, einen kolossalen Posten Tapetenborden für die Hälfte des Wertes einzutauschen, und habe mich entschlossen, diesen Vortheil ganz meiner werten Kundenchaft zugute kommen zu lassen, indem ich trotz meiner billigen Tapetenpreise bei sämtlichen Tapeten in der Preislage von über 20 Pf. die Borden dazu vollständig umsonst zugebe, so lange der Vorraht darin reicht.

Ed. Pannbäcker, Neue Wilh. Straße 39.

Mai-Litteratur.

Soeben erschien im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin:

Zum Achtstundentag. Von Ad. Braun.

3 Bogen. Preis 20 Pf. Port. 5 Pf.

Der 1. Mai. Theaterstück in 3 Aufzügen.

2 Bogen. Preis einj. 1 Mt.
11 zu Rollen nötige Exemplare 5,50 Mark.

für die gewerkschaftliche und politische Agitation ist die Schrift
Zum Achtstundentag unerlässlich. Sie joht alle Gründe und alle
neuen Erfahrungen knapp und gemeinverständlich zusammen. Der
1. Mai ist aber für Vereine und Gewerkschaften ein zur Aufführung
am 1. Mai, der Sitzungstagen usw. sehr geeignetes Theaterstück:
fury, lebendig, einfach und witzig.

Zahlreichen Bestellungen steht entgegen

C. Buddenberg, Volksbuchhandlung.

Drucksachen aller Art

in geschmackvoller Ausführung liefert schnell und billig

Buchdruckerei von Paul Hug & Co.

Sämtliche Mode-Journale

für Damen und Herren
sowie Fachschriften für jede Branche ferner sämtliche
Zeitschriften und Blätter liefert pünktlich

Volksbuchhandlung von G. Buddenberg,
Theisenstraße 16, beim Friedrichshof.